

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Opfer des Nationalsozialismus gedenken - Rechtsextremistisches Gedankengut überwinden - Demokratie stärken - Politische Bildung ausbauen

Der Landtag möge beschließen:

Am 20. Januar 2012 jährte sich zum 70. Mal die „Wannsee-Konferenz“, auf der die organisatorische Vorbereitung für die „Endlösung der Judenfrage“ und damit die systematische Ermordung der europäischen Juden beschlossen wurde. Ein wesentlicher Bestandteil des Plans war die Verbringung der Juden in Konzentrations- und Arbeitslager, wo die meisten von ihnen durch eine gezielte Vernichtungsmaschinerie zu Tode kamen.

Am 27. Januar 1945 wurden die Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee befreit. Seit 1996 wird dieser Tag als bundesweiter Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Im Jahr 2005 wurde der 27. Januar schließlich durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum internationalen Gedenktag erklärt.

Die Gräueltaten des NS-Regimes dürfen in ihrer Brutalität und ihren Ausmaßen nicht vergessen oder verharmlost werden. Sie müssen im täglichen Denken und Handeln verankert bleiben, um zu verhindern, dass sich solche Verbrechen jemals wiederholen.

Mit Blick auf die Gegenwart muss alles Erdenkliche getan werden, damit rechtsextremistische Einstellungen zurückgedrängt werden und damit sie gar nicht erst entstehen.

Dabei ist das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ Ausdruck für den gemeinsamen Willen, das Miteinander der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern auf der Basis der Prinzipien von Demokratie und Toleranz zu fördern und jeglicher Form von Extremismus, Antisemitismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu begegnen (vgl. „Abschlussbericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms ‚Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!‘“ Drucksache 5/4384).

Ein wesentlicher Baustein dabei ist die politische Bildung, die angesichts der aktuellen Herausforderungen und zur Sicherstellung der Qualität und Effektivität besser ausgestattet und unterstützt werden muss.

Eine grundlegende Voraussetzung dafür ist, dass die finanzielle Förderung zur Umsetzung des Landesprogrammes auch nach dem Auslaufen der ESF-Förderperiode auch ab dem Jahr 2013 sichergestellt wird.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

In ihrer Unterrichtung zum Abschlussbericht zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ (Drucksache 5/4384) kommt die Landesregierung zu dem Schluss, dass die einzelnen Maßnahmen des Programms der stetigen Anpassung und Optimierung bedürfen und das Landesprogramm fortlaufend umzusetzen ist.

Angesichts der aktuellen Debatten über rechtsextremistisch motivierte Gewalt und einer weiteren Verfestigung rechtsextremistischer Strukturen im Land erwachsen dabei auch neue Anforderungen an die politische Bildung.

Auch vor dem Hintergrund des 80. Jahrestages der Bildung der ersten NSDAP-Landesregierungen in Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz sind Auseinandersetzungen zu Ursachen und Folgen der menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Ideologie des Nationalsozialismus weiterhin notwendig, um den aktuellen Rechtsextremismus zurückzudrängen und ihm seinen Nährboden zu entziehen.